

Medienmitteilung

Solothurn, 24. Oktober 2024

Sparmassnahmen des Regierungsrats gefährden die Gesundheitsversorgung und setzen das Spitalpersonal unter massiven Druck

Die Solothurnischen Spitalpersonalverbände VPOD, SBK, VSAO und STPV kritisieren den vom Regierungsrat des Kantons Solothurn vorgelegten Massnahmenplan 2024 scharf. Die geplanten Einsparungen im Gesundheitswesen führen zu einer erheblichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des Spitalpersonals und gefährden die Versorgungssicherheit der Bevölkerung. Anstatt die Herausforderungen im Gesundheitssektor anzupacken, setzt der Regierungsrat auf kurzfristige Sparmassnahmen, die das bereits überlastete Gesundheitspersonal zusätzlich belasten und die Qualität der medizinischen Versorgung verschlechtern.

Besonders stossend ist der Verzicht auf den Teuerungsausgleich, gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten. Dass die Regierung von einer Kürzung des Leistungsbonus abgesehen hat, um zusätzliche finanzielle Einbussen zu vermeiden, ändert daran wenig. Denn in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten bedeutet der fehlende Ausgleich der Teuerung für das Gesundheitspersonal eine faktische Lohnkürzung, was die ohnehin angespannte Situation im Gesundheitswesen weiter verschärft. Dariyusch Pour Mohsen, Regionalleiter VPOD Aargau/Solothurn, kritisiert scharf: „Das Gesundheitspersonal hat während der Pandemie übermenschliches geleistet und erhält nun statt Anerkennung eine Reallohnkürzung. Der Verzicht auf den Teuerungsausgleich ist nicht nur respektlos, sondern wird viele Fachkräfte dazu zwingen, das Gesundheitswesen zu verlassen. Die Folgen für die Versorgungssicherheit sind verheerend.“

„Die Umsetzung der zur Diskussion stehenden Massnahmenvorschläge würde ganz klare Folgen für die Arbeitsbedingungen der Pflegenden haben, dies wiederum wird die Versorgungssicherheit der Bevölkerung gefährden und die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeberin stark beeinträchtigen.“ warnt Farah Romy, Nationalrätin und Co-Präsidentin des SBK Aargau/Solothurn.

„Die vollständige Verweigerung des Teuerungsausgleichs von 1,5 Prozent bedeutet faktisch eine Lohnkürzung, was auch für die junge Spitalärzteschaft ein Schlag ins Gesicht ist. Schon jetzt ist es zunehmend schwierig, die offenen Stellen für Assistenz- und Oberärztinnen zu besetzen, weshalb die Arbeitsbedingungen für den dringend benötigten ärztlichen Nachwuchs nicht verschlechtert, sondern verbessert werden sollten. Die vorgesehene Reallohnkürzung ist in dieser Situation fatal.“ betont Eric Vultier, Geschäftsführer vsao solothurn.

Darüber hinaus werden auch die Mittel für Sozialberatung und Spitalseelsorge erheblich gekürzt. Diese psychosozialen Angebote sind essenziell für die Unterstützung von Patientinnen und Patienten in schwierigen Lebenslagen sowie deren Angehörigen. Die Reduzierung dieser Mittel zeigt, dass der Regierungsrat die Bedeutung der ganzheitlichen Betreuung im Gesundheitswesen ignoriert. Diese Kürzungen führen zu einer zusätzlichen Belastung des ohnehin überlasteten Personals, da psychosoziale Aufgaben häufig auf die Schultern des medizinischen Fachpersonals verlagert werden.

Die Personalverbände VPOD, SBK, VSAO und der Staatspersonal-Verband fordern den Regierungsrat auf, diese unverantwortlichen Massnahmen sofort zurückzunehmen und einen echten Dialog mit den Sozialpartnern zu führen. Nur so können Lösungen entwickelt werden, die das Gesundheitssystem und die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden stärken, anstatt sie weiter zu schwächen.

Für Fragen stehen zur Verfügung:

Farah Romy, Nationalrätin und Co-Präsidentin SBK Aargau/Solothurn, 079 552 04 28

Dariyusch Pour Mohsen, Regionalleiter VPOD Aargau/Solothurn, 078 252 03 65

Mirco Müller, Präsident Staatspersonal-Verband Solothurn, 079 815 80 66

Eric Vultier, Geschäftsführer vsao solothurn, 079 629 84 44